

Pensionssystem weiter unter Druck. Eintrittsalter erneut gesunken.

Wo kommen künftig die Milliarden für die Defizitabdeckung her, wenn die Corona-Hilfen zurückgezahlt werden müssen?

Seit Jahren **warnen Pensionsexperten und internationale Institutionen** vor der immer größer werdenden Finanzierungslücke des staatlichen Pensionssystems. Dieses hat **gravierende Strukturprobleme**, die sich – wie der Rechner Adam Riese sagen würde – auf Dauer nicht „ausgehen“ können: Immer weniger Junge – die noch dazu immer später ins Berufsleben eintreten und als „Generation Praktikum“ lange um Fixanstellung kämpfen – müssen immer mehr Ältere erhalten, die heute früher in Pension gehen als in den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts und gleichzeitig – erfreulicherweise – immer länger leben. Im Vergleich zu den 70er Jahren um gute 10 Jahre.

Eine **einprägsame Grafik** zur Entwicklung von 1970 bis 2016 haben wir im Juni des Vorjahres in einem Beitrag gebracht. [Diese finden Sie hier...](#)

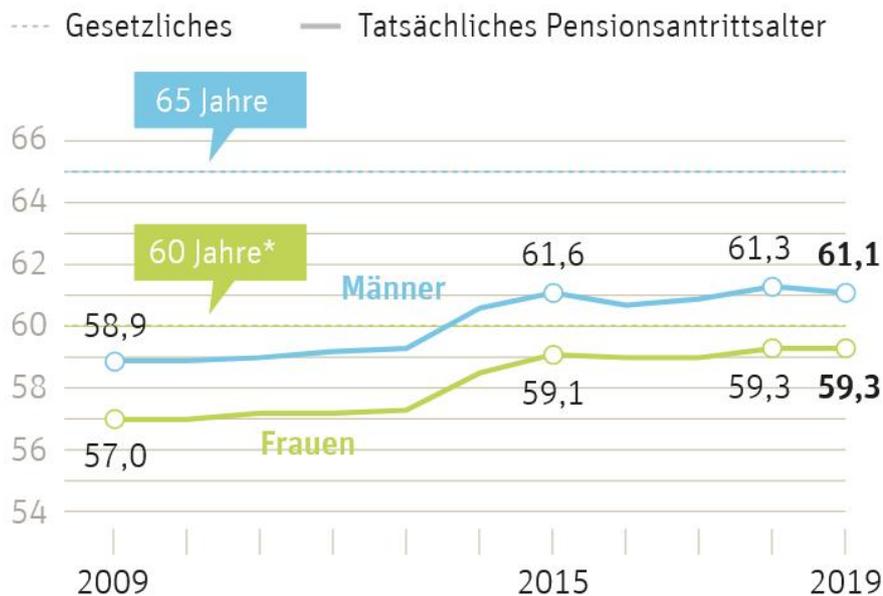
Ebenso seit Jahren hören wir **von staatlichen Stellen und Konsumentenschützern**, dass Österreich das beste Pensionssystem der Welt hätte und sich die **jährlichen rund EUR 10 Mrd. Defizit-Abdeckung schon leisten könne**. Außerdem wären bereits Reformschritte gesetzt worden und nun ginge es nur noch darum, das tatsächliche Pensionsantrittsalter an das gesetzliche (60/65) heranzuführen. Dann wären die Pensionen auch künftig und nachhaltig gesichert.

Genau diese Strategie hat leider einen **gewaltigen Dämpfer** erlitten. Zwar stieg nach der Abschaffung der Berufsunfähigkeitspension und Einführung einer verpflichtenden Rehabilitation von 2009 weg das Pensionsantrittsalter von 58,9 auf 61,7 Jahre bei Männern und von 57,0 auf 59,1 Jahre bei Frauen bis zum Jahr 2015. Doch wir haben bereits mehrmals über die Kritik berichtet, dass diese Steigerung eigentlich nur auf **statistische Kunstkniffe** zurückzuführen sei, weil man die Bezieher des Reha-Geldes aus der Pensionsstatistik herausrechnet. Zum **Nachlesen** des BAV-Newsletters vom Mai [hier klicken...](#)
Dass es keine nachhaltige Entlastung des Staates sein kann, wenn man nun den Nicht-Arbeitsfähigen statt einer Berufsunfähigen-Pension ein Reha-Geld bezahlt, war klar. Ob der Steuerzahler das Geld aus der linken Tasche oder der rechten nehmen muss, ändert nichts.

Stagnation oder sogar früherer Pensionsantritt!

Seit 2015 stagniert das Eintrittsalter bei den Frauen und sinkt sogar wieder bei Männern, wie die zu Monatsbeginn veröffentlichten Zahlen der Pensionsversicherungsanstalt PVA zeigen. Aktuell gehen also Frauen im Schnitt mit 59,3 Jahren und Männer mit 61,1 Jahren in Pension.

Pensionsantrittsalter leicht gesunken



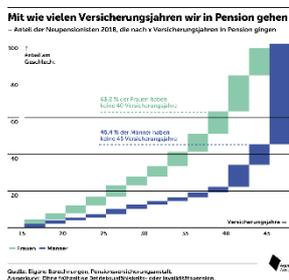
* Ab Geburtsjahrgang 1963 sukzessive Erhöhung auf 65 Jahre

Grafik: © APA, Quelle: PVA

DERSTANDARD

Eine weitere Grafik und erhobene Daten von **Agenda Austria** zeigen das „Problem des zu frühen Pensionsantritts“ ganz deutlich:

63,2 % der Frauen haben weniger als die gesetzlich geforderten 40 Versicherungsjahre.
45,4 % der Männer haben weniger als die gesetzlich geforderten 45 Versicherungsjahre.
Und: Im Schnitt zahlen die Österreicher 31,5 Jahre ein und sind 23 Jahre in Pension.



Diese Fakten interpretiert **Franz Schellhorn, Direktor der Agenda Austria** launig wie folgt: „Gerade die angehenden Pensionisten müssten geschlossen für längeres Arbeiten plädieren. Sie müssen das allergrößte Interesse daran haben, den Jungen ein finanzierbares Pensionssystem zu hinterlassen. Schließlich will niemand jeden Monat zittern wollen, ob die Pension auch tatsächlich kommt oder nicht.“

[\(zum Vergrößern hier klicken...\)](#)

Weitere interessante Fakten aus dem aktuellen PVA-Bericht:

Die durchschnittliche Pension, die 2019 zuerkannt wurde, betrug bei Männern EUR **2.328,74**, jene der Frauen EUR **1.393,38**. In diesem Zusammenhang warnt die PVA vor der „Falle Teilzeit“, weil der geringere Verdienst zwangsläufig zu einer geringeren Pension führe.

Positiv machte sich **2019 die boomende Wirtschaft** bemerkbar. Dadurch stieg die Zahl der Versicherten um mehr als 65.000 auf fast 3,5 Millionen. Die Zahl der Pensionen ist insgesamt um 1,5 Prozent auf fast zwei Millionen (1.995.268) angewachsen.

Das **Verhältnis von Versicherten zu Pensionisten** ist in etwa gleich geblieben: Auf 1.000 Versicherte kamen 2019 572 Pensionisten, im Jahr davor waren es 575. Diese kleine Verbesserung geht allerdings ausschließlich auf das Konto der Hinterbliebenenpensionen, deren Anteil von 118 auf 115 gesunken ist. 457 Eigenpensionen kamen 2019 auf 1.000 Versicherte – ebenso wie 2018, berichtete DER STANDARD.

Staatszuschuss zum staatlichen Pensionssystem stieg um 740 Millionen!

DER STANDARD recherchierte kurz vor der Corona-Krise konkrete Budget-Zahlen und stellte fest, dass der Staat im Vorjahr um 740,9 Millionen mehr zuschießen musste und mit **9,97 Milliarden** doch unter der angenommenen Summe lag.

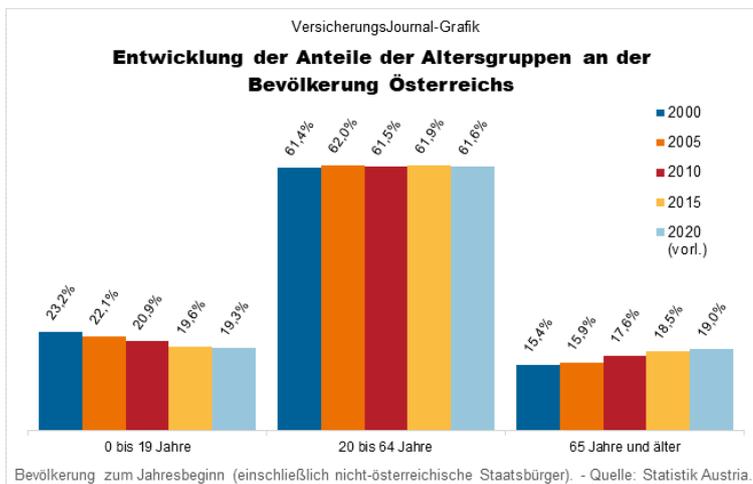
Grund, warum es nicht ganz so schlimm gekommen war, der Zuschussbedarf also niedriger war als angenommen, sind Einmaleffekte wie Sozial-, aber auch Finanzministerium dem STANDARD bestätigten. So habe einerseits die **Bank Austria** eine knappe halbe Milliarde beigesteuert, weil Mitarbeiter von der hauseigenen Sozialversicherung ins staatliche System „überführt“ wurden. Aber auch die **brummende Konjunktur des Vorjahres** brachte hohe Beitragseinnahmen. Auch das stützte das staatliche Pensionssystem und führte zu verbesserten Zahlen gegenüber der Prognose.

Davon wird heuer keine Rede mehr sein. Im Gegenteil, die **steigende Arbeitslosigkeit „dank Corona“ wird tiefe Löcher ins Budget – auch der Pensionsversicherung – reißen!**

Weitere schlechte Nachrichten: Österreich altert und Verhältnis Jung-Alt verschlechtert sich

Laut Aussendung der Statistik Austria (alle Details [hier zum Nachlesen...](#)) lebten im Vorjahr 8,902 Millionen Menschen in Österreich. Ein Wachstum von 43.825 oder 0,5 %.

Und die folgende Grafik des VersicherungsJournal zeigt deutlich die **explosive Entwicklung** aus der Sicht des Pensionssystems: Die oberen Altersgruppen legen seit Jahren stärker zu als die Jungen. In den letzten 20 Jahren sank der Anteil der Jungen um 4 %, jener der Alten stieg um 4 %.

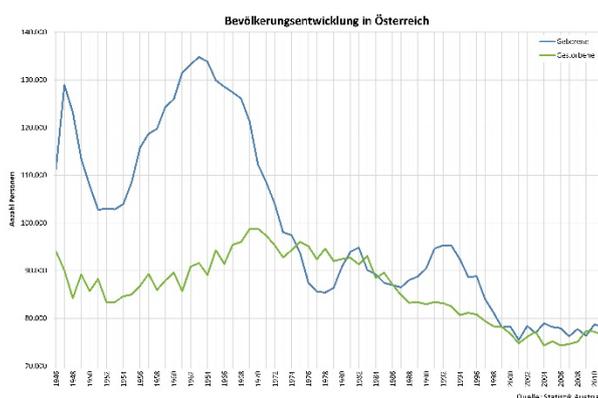


Grafik: VersicherungsJournal, basierend auf Zahlen der Statistik Austria

Darauf verwies bereits Ende des Vorjahres **eine Prognose des europäischen Statistik-Amtes „Eurostat“** in seinem jährlichen Altersreport „Aging Europe“. Dort wird prognostiziert, dass sich in der EU die Alterspyramide derart stark verändert, dass bald ein Verhältnis von 2:1 zwischen Jung und Alt erreicht sein werde. Aktuell finanzieren drei Junge die Pension von einem Alten. Die Gründe für diesen langfristigen Trend sind zurückgehende Geburten und stetig wachsende Lebenszeit. Für den Einzelnen ist Letzteres überaus positiv, für ein Pensionssystem, das auf dem Umlageverfahren basiert, bei dem die Jungen für die Alten einzahlen, ein Horror.

Den vollständigen **Bericht von Eurostat** können Sie [hier herunterladen...](#)

Übrigens: Sowohl in Österreich als auch in Europa ist aus den Zahlen klar ersichtlich, dass die **Pensionierung der Baby-Boomer** das Pensionssystem vor große Herausforderungen stellt.



Als **Baby-Boomer** bezeichnet man jene Generation in Europa, die etwa in den 50/60-er Jahren des vorigen Jahrhunderts als Folge des ersten Wohlstands nach dem Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg geboren wurde. Diese Phase war die einzige seit Ende des 19. Jahrhunderts, in der die Geburtenrate wieder stieg. Danach setzte ein stetiges Sinken ein, das als Pillenknick bezeichnet wird, weil der Rückgang auf die Einführung der Verhütungspille zurückgeführt wird.

Grafik: Wikipedia, basierend auf Daten der Statistik Austria

OECD empfiehlt Österreich, Maßnahmen zu setzen

Auch die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat Ende des Vorjahres in ihrem „2019 OECD Economic Survey Austria“ eine Reihe von Empfehlungen ausgesprochen. „Zur langfristigen Sicherung des Pensionssystems rät die OECD deshalb, etwa das Pensionsantrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Österreich solle demographische und andere strukturelle Entwicklungen genau beobachten und, je nach Notwendigkeit, das **Antrittsalter erhöhen, die Beiträge anheben oder Leistungen reduzieren.**“ Zitiert das VersicherungsJournal aus dem Bericht.

Wie reagiert die Politik Österreichs?

„Ein enkelfittes Pensionssystem, das auch jungen Generationen eine Perspektive bietet, braucht Reformen statt statistischer Tricks.“

NEOS-Sozialsprecher Gerald Loacker nahm die aktuellen Zahlen (zum sinkenden Pensionsantrittsalter) zum Anlass für heftige Kritik und weist darauf hin, dass es „2020 noch schlimmer kommen werde, weil die „teuren **Pensionszuckerln des Wahlkampfes noch gar keine Wirkung entfaltet** hatten“. Und weiter: „Das kommt daher, dass in den Jahren davor das Antrittsalter auch nur mit statistischen Kniffen nach oben korrigiert wurde und diese Kniffe verlieren langsam ihre Wirkung. 2020 werden wir noch einen stärkeren Rückgang sehen, weil die abschlagsfreie Frühpension ihre Wirkung zeigen wird.“

Mit „Pensionszuckerln“, auf die der NEOS-Sozialsprecher anspielt, ist die Regelung gemeint, die knapp vor der letzten Wahl im September beschlossen wurde, nämlich der **abschlagsfreie vorzeitige Pensionsantritt** nach 45 Arbeitsjahren. Gegen diesen Beschluss sprach sich auch Walter Pöltner, Vorsitzender der Alterssicherungskommission, in Interviews u.a. im STANDARD aus.

Diese „Alterssicherungskommission“, die im Sozialministerium angesiedelt ist und eigentlich „Kommission zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherungssysteme“ heißt, ist die Nachfolgerin der im Jahr 2000 geschaffenen „Kommission zur langfristigen Pensionssicherung“. Sie soll jährlich ein „Mittelfristgutachten“ für die nächsten fünf Jahre und alle drei Jahre ein „Langfristgutachten“ über die langfristige Entwicklung und Finanzierbarkeit des staatlichen Pensionssystems erstellen.

Pöltner hält das Pensionssystem „an sich finanzierbar“. Man müsse aber **„alles tun, um die Menschen länger im Arbeitsleben zu halten“**. „Leider“ sei im Nationalrat aber „gerade das Gegenteil geschehen“. Und: „Bei steigender Lebenserwartung werde irgendwann auch über ein höheres Antrittsalter zu reden sein, begleitet von Maßnahmen, die die Menschen im Erwerbsleben halten“ zitierte das VersicherungsJournal.

Wie sieht die Regierung das?

Da die ÖVP schon in der vorigen Regierung der Pensionsreform keine Beachtung geschenkt hatte, ist dazu kaum etwas Neues im Regierungsprogramm zwischen ÖVP und Grünen zu finden. Man brauche „keine grundlegende Neuausrichtung, Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheit im Erwerbsleben, bessere Information über nachteilige Folgen eines verfrühten Antritts im Hinblick auf die verbleibenden Jahre in der Pension“ ist dort zu lesen.

Da aber Corona-bedingt die Staatsfinanzen wohl auf Jahrzehnte jeglichen Spielraum verloren haben werden, muss man wohl davon ausgehen, dass die Regierung nach der Krise mit Sparpaketen an allen möglichen Stellen beginnen muss, um die Budgets wieder in den Griff zu bekommen und zu sanieren.

Bernd Marin, ein langjähriger Mahner hinsichtlich Pensionssystem, gab kürzlich im Fonds Professionell-Gespräch seine Beurteilung der Corona-Folgen ab: „Die dramatische Wirtschaftskrise infolge der Pandemie und ihres Seuchenmanagements wird schwerwiegende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Sozial- und Pensionsversicherung und die öffentlichen Haushalte haben. Damit könnte der ohnedies inexistent, weil bereits chronisch unterfinanzierte, quasi intubierte ‚Pensionstopf‘ zusätzlich ausgezehrt werden und rasche Reformen noch dringlicher machen, als sie durch die Baby-Boomer-Krise schon erforderlich werden.“ Und weiter:

„Bloßes Anheben des effektiven Pensionsalters reicht nicht“

Und auch zum Regierungsprogramm (keine grundlegende Neuausrichtung, nur Maßnahmen, um das effektive Pensionsantrittsalter zu erhöhen) nimmt er Stellung. „Natürlich kann das nicht reichen. Aber das galt schon vor der Krise. Bloßes Anheben des effektiven Pensionsalters reicht nicht, solange es hinter den tatsächlichen Langlebigkeitszuwachsen zurückbleibt“, so Marin.

Was bedeuten all die oben präsentierten Fakten für Sie als Beraterin/Berater?

Sie müssen weiterhin bei Ihren Kundinnen und Kunden **Problembewusstsein** zum Thema private und berufliche Vorsorge schaffen. Obige Fakten können Ihnen helfen, den menschlichen Verdrängungsmechanismus („wird schon nicht so schlimm werden“) zu durchbrechen. Es ist Ihre gesellschaftlich wichtige Aufgabe, die drohende Altersarmut zu vermeiden helfen. Ein Thema, das ganz besonders bei Frauen zutrifft: Schon jetzt klafft eine große Lücke bei den Pensionen zwischen Mann und Frau (geringeres Gehalt, Babypause, Teilzeitarbeit, früherer Pensionsantritt), die sich verschärfen wird.

Gleichzeitig zeigen alle oben **präsentierten Zahlen und Studien**: Die Belastungen für das staatliche Gesundheits- und Pensionssystem werden zunehmen. Und die Budgettöpfe werden nach Corona leer, Sparpakete die Folge sein.

Daher kann die **Empfehlung an Ihre Kundinnen und Kunden** nur lauten: Die staatliche Pensionssäule durch eine zweite und dritte Säule abzustützen. Also gilt es, betrieblich und/oder privat vorzusorgen, um sich auch im Alter den gewohnten Lebensstil leisten zu können. Und klar ist auch: Je früher man mit der Vorsorge beginnt, umso einfacher geht es und umso mehr Ertrag bleibt für den Pensionsabend über. Vielleicht gelingt es mit all diesen Fakten, einen Teil des Sparvermögens von Nullprozent-verzinsten Sparbüchern mit dem Hinweis auf Verluste durch die Inflation (also real eine negative Verzinsung) in die Vorsorge umzuleiten.

Quellen: Statistik Austria, DER STANDARD, VersicherungsJournal, Homepage Eurostat, Wikipedia, Fonds Professionell